

Protestaktion am Jungfernstieg
Hamburg, 21.01.2015

Der Senat hält sich nicht an den Volksentscheid

Ein Volksentscheid, so die Hamburger Verfassung in Art. 50, bindet Bürgerschaft und Senat. Daran fühlen sich Senat und Bürgerschaftsmehrheit offenbar nicht gebunden. „Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die **Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen**“ heißt es im ersten Satz des Volksentscheids. Der Senat hat stattdessen nur das Stromnetz zurückgekauft, für das Fernwärme- und das Gasnetz aber lediglich „Kaufoptionen“, also die *Möglichkeit* eines Rückkaufs mit Vattenfall und E.on vereinbart. Und auch das erst für 2019 (Fernwärme) und 2018 (Gas). **Er hält sich damit nicht an den Volksentscheid!**

Und auch die Einhaltung des zweiten Satzes des Volksentscheids nimmt der Senat offenbar nicht ernst: „Ziel ist eine **sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien**“. Das gilt natürlich auch für die Fernwärme, die zur Zeit wesentlich durch Kohle und Müllverbrennung erzeugt wird. Das alte, störanfällige und mit hohen Emissionen belastete Kohlekraftwerk in Wedel muss zügig ersetzt werden. Im Sinne eines Einstiegs in eine erneuerbare Fernwärmeversorgung wäre z.B. der Bau eines großen oder mehrerer kleiner Biomasse-Heizkraftwerke in Hamburg sinnvoll. Der Senat will aber wieder ein großes fossiles (Gas-) Kraftwerk bauen, das aus betriebswirtschaftlichen Gründen 40 Jahre lang laufen müsste.

Martin Schwarz und Gilbert Siegler, Sprecher des HET: „Mit einem neuen fossilen Großkraftwerk würde eine Wende zu einer klimafreundlichen Fernwärmeversorgung aus regenerativen Quellen für Jahrzehnte blockiert. Das entspricht keinesfalls dem Volksentscheid. Die Verträge über „Kaufoptionen“ für die Fernwärme- und Gasnetze in einigen Jahren widersprechen dem Volksentscheid ebenfalls. **Wir rufen die Bürgerschaft auf: Verhindern Sie einen Bruch des Volksentscheids! Verhindern Sie einen Bruch der Verfassung!**“

Nachfragen gern an: Gilbert Siegler: 0176 / 510 19 592
Martin Schwarz: 040 / 609 420 610